

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

108/20

NAMIBIA

Rinaani Musutua
zum Grundeinkommen

ZIMBABWE

Unabhängigkeit:
Reg Austins Rückblick

SÜDAFRIKA

Bernhard Bouzek über ungeliebte Rock Art



SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADDOCC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADDOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADDOCC. Letzte Buchveröffentlichung: k.u.k. in Ostafrika (Franz Kotrba). Aktuelle Projekte: Tiroler Missionshelfer in Rhodesien (Andrea Sommerauer); 100 Jahre afrikanische Präsenz in Wien (Vanessa Spanbauer, Simon Loidl).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

Leserbrief

zu »CITES und das Südliche Afrika« (INDABA 106/20) von Max Abensperg-Traun

Mit Begeisterung habe ich den Artikel gelesen. Endlich einmal die objektive Darstellung über ein heikles Thema. Ich habe Afrika 23 mal bereist (mehrheitlich Namibia und Zimbabwe, Kamerun, Südafrika und Moçambique) und auch zahlreiche Jagden absolviert. Immer ging es dabei fair und ethisch zu. Die meisten Menschen außerhalb Afrikas haben keine Vorstellungen davon, welchen hohen Wert der Jagdtourismus für diese Länder hat. Nur durch die geregelte Jagd kann die Wilderei hintangehalten werden, und die Berufsjäger und Ranger vor Ort setzen dafür nicht nur hohe finanzielle Mittel ein, sondern auch ihr Leben. Das Erfolgsmodell Namibias mit den Conservancies ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch nachhaltige Nutzung der Wildtiere einerseits deren Bestand gesichert wird und andererseits die lokale Bevölkerung davon profitiert.

Wer einmal eine Nacht bei einer Dorfgemeinschaft verbracht hat, deren Pflanzungen von Elefanten gefressen und verwüstet wurden, wird danach erkennen, daß Afrika nicht der Streichelzoo für vermeintliche Tierschützer ist, die sich im Safari-LKW, versorgt mit Erfrischungen, durch die Savanne schaukeln lassen. Ich empfehle auch den Aufenthalt auf einer Rinderfarm, die laufend nächtlich von Leoparden heimgesucht wird, die sich am Kälberbestand vergreifen. Beides habe ich aus eigener Erfahrung erlebt.

In Österreich streiten wir hin und her, ob ein paar einzelne Wölfe ein Problem sind oder nicht. Aber in neokolonialistischer Manier wissen wir genau, wie die Bevölkerung Afrikas mit der Tierwelt umzugehen hat. Finanzstarke NGOs in »Industrieform« spielen dabei eine zwielichtige Rolle.

Mag. Dr. Franz J. Fiedler
Honorarkonsul der Republik Namibia für OÖ und Tirol

Simone Knapp zur BIG-Kampagne in Namibia 4

3 Kampagne für Grundeinkommen

Rinaani Musutua im Interview, warum Namibia ein Grundeinkommen jetzt braucht



11 Reflections and hope

Schon in den Lancaster House-Verhandlungen wurde das Hauptproblem des unabhängigen Zimbabwe grundgelegt, meint Reginald Austin (in English language)

Nonhle Mbuthuma in Lebensgefahr 20

21 Moçambique: Landgrabbing durch ethische Investitionen

Gut gemeint ist noch lange nicht gut, wie sich auch in Niassa zeigt.

Adalbert Krims zum Klimawandel in Afrika 23

24 Ungeliebte Rock Art

Eine wichtige prähistorische Fundstätte wird regelmäßig geplündert. Von Bernhard Bouzek

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Reginald Austin, Bernhard Bouzek, Christa Hager, Nina Herzog-Hawelka, Simone Knapp, Adalbert Krims, Lotte Rieder-Fraunlob, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Kuzeeko Tjitemisa, Marlene Wagner, Daniela Waldburger. **Fotos:** Reginald Austin, Bernhard Bouzek, Rinaani Musutua, SADOCC, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. Dezember 2020. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rüter; Godwin Schuster.

Ein Weg zur Armutsbekämpfung:

500 namibische Dollar machen einen Unterschied

In Namibia steht die Initiative zur Einführung eines Grundeinkommens (Basic Income Grant/BIG), das erstmals 2008 im Dorf Otjivero in der Region Omaheke erprobt wurde, wieder im Rampenlicht (INDABA 107/20). Die Koordinatorin der Kampagne, Rinaani Musutua, nahm in einem Interview mit Kuzeeko Tjitemisa zu den Forderungen Stellung.

Ihre Initiative hat kürzlich die Forderung nach einem universellen Grundeinkommen (BIG) in Höhe von 500 N\$ monatlich für alle Personen zwischen 19 und 59 Jahren erhoben. Wie sind Sie zu dem Betrag gekommen?

Unsere Berechnungen basieren auf dem aktuellen Staatshaushalt. Was die BIG Coalition of Namibia vorschlägt, würde ungefähr 7,5% des Budgets ausmachen – weniger als die 10%, die das Verteidigungsministerium erhält, ohne greifbare Ergebnisse zu liefern. Die Lebenshaltungskosten sind in Namibia aufgrund unserer Importabhängigkeit extrem hoch, daher müßte der ideale Betrag eigentlich bei 1.000 N\$ liegen, damit ein/e durchschnittliche/r Namibier/ in seinen oder ihren Lebensunterhalt bestreiten und ein menschenwürdiges Leben führen kann. Windhoek gilt als fast 35% teurer als Kapstadt. Wir wollten der Regierung aber entgegenkommen und überlegten daher, was sich der Staat in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage

leisten kann. Bei dem von unserer Initiative vorgeschlagenen Satz würde das Programm ungefähr 5,5 Milliarden N\$ pro Jahr kosten.

Viele Kritiker sagen, die Einführung eines Grundeinkommens wäre eher ein Akt der Wohltätigkeit als eine Methode, um die Fesseln der Armut zu lösen.

Das Grundeinkommen ist keine Wohltätigkeit. Es ist ein Menschenrecht. Die Regierung hat eine moralische Verpflichtung zum Schutz ihrer Bürger vor Armut und unmenschlichen Lebensbedingungen gemäß Artikel 95 der namibischen Verfassung, der die Förderung des Wohlergehens der Menschen und die Aufrechterhaltung eines angemessenen Lebensstandards vorsieht. Steuern sind ein wesentlicher Bestandteil des Gesellschaftsvertrags zwischen Bürgern und Regierung. Da sie die Haupteinnahmequelle der Regierung sind, ist es daher nur moralisch richtig, daß die Bürger sozialen Schutz gegen Armut fordern.



Rinaani Musutua

Neue Kampagne

die Idee dahinter zu informieren und auch die Ergebnisse des Politprojektes von 2008/9 wieder ins Gedächtnis zu rufen.

Die von der Koalition verfaßte Deklaration ist sehr deutlich in ihrer Kritik an der Regierungsführung. Der Slogan »No BIG, No vote for you!«, mit dem die Erklärung endet, sorgte aber für erste Unstimmigkeiten innerhalb der Koalition, weil sie für einige zu regierungskritisch ist. Dabei wäre eine positive Formulierung – etwa »Wir wählen euch nur, wenn ihr Euch für die Einführung eines BIG einsetzt« – eine politische Strategie, die auch die Demokratie des Landes fördern würde. Eine intensivere Zusammenarbeit mit Oppositionsparteien wie etwa dem LPM könnte eine weitere Strategie sein, um die Regierung unter Druck zu setzen.

Doch eines wurde in den Debatten deutlich: Die Kampagne muß aus ihren Fehlern der Vergangenheit lernen und ihre Forderungen viel deutlicher stellen. Dazu gehört unter anderem auch eine breitere Massenmobilisierung für das Thema. Aber eben auch eine Konfrontation mit der Regierung, die über die erste Legislaturperiode von Präsident Geingob durch die Ernennung von Bischof Kameeta zum Minister für Armutsbekämpfung und soziale Angelegenheiten vorgaukelte, sie würde an der Umsetzung eines BIG arbeiten.

»Wir glauben, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der notwendige Wandel nicht von der politischen Führung unserer gegenwärtigen politischen Parteien ausgehen wird, und daher besteht die Notwendigkeit, marginalisierten und ausgebeuteten Gruppen die Möglichkeit zu geben, zu Agenten des Wandels zu werden. Insbesondere junge Menschen müssen zu treibenden Kräften des Wandels werden«, ist in der bereits erwähnten Deklaration nachzulesen.

Ob es der Kampagne dieses Mal gelingen wird, vor allem auch junge Menschen zu mobilisieren und damit den nötigen Druck von unten zu erzeugen, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

Simone Knapp

Simone Knapp ist Koordinatorin der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in Heidelberg. Ihr Kommentar erschien auf www.kasa.de und wurde für INDABA leicht gekürzt. Die neue Kampagne wird auch von der Österreichischen Namibia-Gesellschaft (ÖNG) unterstützt.

Die Mehrheit der Namibier ist auf die Unterstützung ihrer Verwandten und Freunde angewiesen, die normalerweise auch wenig Einkommen haben. BIG gibt allen Menschen ein eigenes Einkommen, was die Belastung der Armen verringert, die Verwandte und Freunde mit ihrem begrenzten Einkommen unterstützen müssen.

Tatsächlich reduziert das Grundeinkommen Abhängigkeit und setzt Ressourcen für persönliche wirtschaftliche Investitionen frei. Durch die Bereitstellung einer universellen, stabilen und kontinuierlichen Einkommensquelle verfügt BIG über das höchste Entwicklungspotential, da die Menschen darauf zählen und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten besser planen können. In Wirklichkeit sind die politischen Amtsträger diejenigen, die unverantwortlich handeln, indem sie durch korrupte Praktiken Geld aus den Staatskassen umlenken und künftige Generationen ihrer Ressourcen, ein menschenwürdiges Leben zu führen, berauben.

Noch einmal: Glauben Sie, die namibische Regierung kann es sich leisten, jeden Monat 500 N\$ zu zahlen, wenn man bedenkt, daß fast ein Drittel der namibischen Bevölkerung arbeitslos ist?

Die Regierung kann sich ein universelles Grundeinkommen sehr wohl leisten! Die Erschwinglichkeit ist eine Frage des politischen Willens und der Verschiebung von Prioritäten. Die namibische Bürokratie wurde im Laufe der Jahre ausgebaut, weitere Minister eingestellt. Ebenso stiegen die Militärausgaben, ohne greifbare Ergebnisse zu liefern, und Namibia liegt so auf dem 13. Platz der Länder mit dem höchsten Anteil an Militärausgaben, noch vor den Vereinigten

Staaten. Namibia erhebt im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ungewöhnlich hohe Steuern ein im Vergleich zu anderen Ländern, die könnten zur Finanzierung des Grundeinkommens verwendet werden. Die Regierung pumpt immer wieder Steuergelder in die Aufrechterhaltung des verschwenderischen Lebensstils der Politiker, in unproduktive staatseigene Unternehmen und Infrastrukturprojekte wie den Bau teurer Regierungsbüros oder der zweispurigen Straße zum Flughafen, die nichts zu menschlicher Entwicklung beitragen.

Die Regierung muß ihre Prioritäten verschieben. Wenn sie aufhört, das Geld der Steuerzahler für unproduktive Aktivitäten auszugeben, werden genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, um ein Grundeinkommen zu finanzieren. Dessen Kosten können mit einer Einkommensteueranpassung einhergehen. Diese sollte progressiv geregelt werden, sodaß Personen mit höherem Einkommen den Grundeinkommenszuschuß der Niedrigverdiener und Arbeitslosen subventionieren.

Die BIG-Initiative wurde 2008 erstmals in Otjivero in Omitara/Omaheke, etwa 100 Kilometer östlich von Windhoek, getestet. Welche Auswirkungen hatte dieses Pilotprojekt auf die Gemeinde?

Um die Auswirkungen des Grundeinkommenszuschusses zu demonstrieren, führte die BIG Coalition das weltweit erste Pilotprojekt für ein universelles Grundeinkommen durch. Dabei erhielten alle Einwohner unter 60 Jahren ein Grundeinkommen von 100 N\$ pro Person und Monat. Aus einer begleitenden Studie internationaler Wissenschaftler, die in Otjivero durchgeführt wurde, gehen die positiven Auswirkungen des Grundeinkommens deutlich hervor: Familien

nahmen öfter die Gesundheitsdienste in Anspruch, was das Einkommen der örtlichen Klinik erhöhte. Die wirtschaftlichen Aktivitäten nahmen zu, Einwohner gründeten kleine Unternehmen oder machten sich selbständig, z. B. in Ziegelherstellung, Brotbacken und Schneiderei. Das Grundeinkommen gab Menschen die Möglichkeit, einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten, da es ihnen half, ihr kreatives und unternehmerisches Potential freizusetzen. Die Kaufkraft der Haushalte steigerte sich; der Schulbesuch nahm zu, da es sich die Familien leisten konnten, Schulgebühren zu zahlen und Uniformen zu kaufen. Die örtliche Polizeistation verzeichnete auch eine signifikante Reduzierung der Kriminalität. Die Gleichstellung der Geschlechter verbesserte sich, da das Grundeinkommen den Hausfrauen Einkommenssicherheit bietet, deren unbezahlte Betreuungsarbeit für die Gesellschaft so wichtig ist. Frauen mußten sich nicht mehr prostituieren, da sie ihr eigenes Einkommen hatten. All diese Ergebnisse widersprechen auch der Kritik, das Grundeinkommen würde zu Verantwortungslosigkeit führen. Im Gegenteil, die Studie zeigte, daß die meisten Menschen die ihnen gebotenen Möglichkeiten gut nutzten und Initiativen ergriffen, um ihren Lebensunterhalt zu verbessern.

Wie erwarten Sie, daß die Regierung die BIG-Initiative finanziert? Woher soll das Geld kommen?

Es ist an der Zeit, daß Namibias Bergbau- und Fischereiindustrien, die Milliarden an Gewinnen erzielen, ihren angemessenen Anteil an Steuern bezahlen. Korruption, Steuerhinterziehung und illegale Finanzströme führen zum Verlust von Milliarden dringend benötigter Mittel, mit denen die Regierung ein universelles Grundeinkommen finanzieren könnte. Unse-

re Regierung muß ein wirksames Steuersystem einführen, um Korruption, Steuervermeidung und illegale Finanzströme in diesen Branchen zu stoppen. Wenn der Mißbrauch öffentlicher Mittel und die Korruption aufhören, kann sich die Regierung ein universelles Grundeinkommen leisten, um dadurch Armut und Ungleichheit zu verringern. Dies wäre ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung extremer Armut und Ungleichheit. Es ist unser Recht, daß wir alle Zugang zu natürlichen Ressourcen haben, die wir auf diesem Planeten finden, und von diesen profitieren, um unsere grundlegenden menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Daher sollten keine natürlichen Ressourcen nur für wenige Einzelpersonen privatisiert werden.

Wie schon gesagt, sollten die Kosten eines Grundeinkommens von einer Anpassung der Einkommensteuer begleitet werden, sodaß höhere Einkommensverdiener den Basic Income Grant sofort wieder über das Steuersystem zurückzahlen. Dieses sollte schrittweise so gestaltet werden, daß einkommensstärkere Personen das Grundeinkommen effektiv subventionieren, sodaß die einkommensschwachen Personen und die Arbeitslosen ihn ausbezahlt bekommen können. Dies könnte ziemlich einfach arrangiert werden und würde also zu einer Umverteilungsmaßnahme führen, die erheblich zum Versprechen Präsident Geingobs, die Armut zu beseitigen, beitragen würde.

Darüber hinaus stimuliert das Grundeinkommen auch das Wirtschaftswachstum, da die Menschen mehr Geld ausgeben und in die namibische Wirtschaft investieren können. Dies würde nicht nur den Lebensstandard der Menschen verbessern, sondern auch die Steuereinnahmen für die Regierung erhöhen und das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

... spektrum

Gemeinsamer Covid-19-Appell an G20. Südafrikas Präsident Matamela Cyril Ramaphosa, die norwegische Premierministerin Erna Solberg, WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben in einem gemeinsamen Schreiben an das virtuelle Gipfeltreffen der 20 wichtigsten Nationen eine multilaterale Antwort auf die Corona-Pandemie gefordert.

»Covid-19 respektiert keine nationalen Grenzen«, heißt es einleitend in dem Schreiben. »Solange es irgendwo existiert, stellt es überall eine Bedrohung dar.« Massive finanzielle Unterstützung sei daher nötig, um Tests und Impfstoffe zur Bekämpfung der Pandemie in der ganzen Welt zugänglich zu machen.

In diplomatischer Formulierung fordert das Papier damit Unterstützung für die ärmeren Länder ein. Während die Industriestaaten sich die erforderlichen Impfkapazitäten bereits im Vorhinein gesichert haben, verfügen die meisten Länder der Welt weder über die politischen Zugänge noch über die erforderlichen finanziellen Mittel dazu. Abgesehen davon, daß damit die Gesundheitskrise im Globalen Süden perpetuiert würde, bestünde die Gefahr, daß der Coronavirus mutiert und in veränderter Form in die Industrieländer zurückkehrt – was wiederum die Impfanstrengungen unwirksam machen könnte.

Die vier Spitzenpolitiker schlagen daher eine massive Aufwertung des *Access to COVID-19 Tools Accelerator* der Weltgesundheitsorganisation vor, eines Programms, das Anti-Corona-Maßnahmen in Entwicklungsländern finanziert. »Eine Zusage der Staats- und Regierungschefs der

G20, erheblich in die unmittelbare Finanzierungslücke von Accelerator in Höhe von 4,5 Milliarden US-Dollar zu investieren, würde sofort Leben retten, die Grundlage für die Massenbeschaffung und Lieferung von COVID-19-Ausrüstung auf der ganzen Welt legen und eine Ausstiegsstrategie aus dieser globalen Wirtschafts- und Menschenkrise bieten«, heißt es in der Erklärung.

Insgesamt wird der erforderliche Finanzbedarf, um Tests und Impfstoffe weltweit zur Verfügung zu stellen, auf 28 Mrd. US-\$ geschätzt – angesichts der aktuell von den Regierungen des Nordens in die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aufgewendeten Mittel keine allzu große Summe.

Eskalierende Fraktionskämpfe im ANC. Südafrikas Regierungspartei, der *African National Congress*, gelte in den Augen der Öffentlichkeit als der »Angeklagte Nr. 1«, schrieb Präsident und Parteivorsitzender Ramaphosa Ende August an die Mitglieder. Unter erheblichem Druck rang sich danach das *National Executive Committee*, der Parteivorstand, zu dem Beschluß durch, Funktionäre müßten zurücktreten, wenn sie in disziplinierte oder kriminalgerichtliche Untersuchungen verwickelt wären. Unter anderem wäre davon Ace Magashule, der Generalsekretär, betroffen, der wegen eines Korruptionsskandals in seiner Amtszeit als Premier im Free State vor Gericht steht. Sowohl der Gewerkschaftsdachverband COSATU als auch die verbündete Kommunis-

tische Partei stehen hinter dem Präsidenten – dennoch ist bislang nicht viel passiert.

Zum einen, weil sich die Gerichte in prominenten Korruptionsfällen offensichtlich zurückhalten und bisher kaum Betroffene in Haft sind – Magashule nicht und schon gar nicht der ehemalige Präsident Jacob Zuma, dessen mehrere hundert Anklagen nach dem Ende seiner Amtszeit wieder aufgenommen wurden. Zum anderen aber haben sich nicht viele ANC-Funktionäre an die Anordnung des NEC gehalten. Eine der Ausnahmen war peinlicherweise Ramaphosas eigener Sprecher, Khusela Diko, der in dubiose Aufträge für Corona-Ausrüstung verwickelt war und daraufhin zurücktrat.

Seit Ramaphosas hauchdünnem Sieg bei den Wahlen zum Parteivorsitz 2017 (INDABA 97/18) sind die internen Konflikte eskaliert. Generalsekretär Magashule, nunmehr der prominenteste Exponent des pro-Zuma-Flügels, scheint hinter den Kulissen die Ablöse Ramaphosas zu betreiben. Ob das bereits beim verschobenen »Zwischenparteitag« im Dezember 2020 (?) oder erst bei der nächsten Wahlkonferenz 2022 erfolgen soll, ist Gegenstand von Spekulationen. Auf der Ebene der Ortsgruppen, die ja

Staatspräsident Matamela Cyril Ramaphosa



die Delegierten ins höchste Gremium entsenden, wird jedenfalls bereits mobilisiert, und hier dürfte der Generalsekretär aufgrund seiner Funktion den besseren Zugriff haben, während Ramaphosa an die individuellen Mitglieder appelliert.

In der Öffentlichkeit wird die Entwicklung nicht goutiert, und das Image Ramaphosas als Erneuerer der Partei hat gelitten. Die vorbereitenden Dokumente, die der kommenden Konferenz vorgelegt werden, sind zwar von starker Selbstkritik des ANC geprägt – aber ob daraus Konsequenzen gezogen werden, ist fraglich.

Niederlage für Zuma-Fraktion.

Busisiwe Mkhwebane, die noch vom ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma eingesetzte Public Protectorin, hat vor Gericht eine weitere Niederlage erlitten. Ihr Untersuchungsbericht über den seinerzeitigen Chef der Steuerbehörde, Pravin Ghordan (heute als Verstaatlichtenminister ein enger Verbündeter von Präsident Ramaphosa, INDABA 100/18) wurde vom *Western Cape High Court* Anfang Dezember für null und nichtig erklärt. In der Absicht, die zunehmende Unterwanderung staatlicher Institutionen die die indischen Gupta-Brüder und die damit verbundene Korruption zu stoppen, hatte Ghordan vor Jahren eine Sondereinheit zur Bekämpfung des Zigaretten- und Alkoholschmuggels eingerichtet. Mkhwebane sieht darin eine Kompetenzüberschreitung (Gründung eines »Geheimdienstes«) und forderte den Präsidenten auf, Ghordan als Minister abuberufen. Seitens der oppositionellen *Economic Freedom Fighters*, die hinter den Kulissen eng mit der pro-Zuma-Fraktion im ANC zusammenarbeiten, wurde diese Forderung popularisiert.

Die jetzige Gerichtsentscheidung bedeutet einen Etappensieg

Tanzania: John Magufuli als Präsident bestätigt

In den Wochen und Tagen vor der Wahl hatte ich über WhatsApp regelmäßig Kontakt mit Bekannten in Dar es Salaam. Am Abend des Wahltages und auch danach blieb es jedoch seltsam ruhig. Keine WhatsApp-Nachrichten erreichten mich, und meine Nachrichten blieben unbeantwortet.

Präsident John Magufuli von der Regierungspartei *CCM (Chama cha Mapinduzi)* hatte sich um eine zweite Amtszeit beworben. 14 weitere Kandidaten traten gegen ihn an, darunter Tundu Lissu von der CHADEMA, der vor drei Jahren nur knapp ein Schußattentat überlebt hatte.

Rund 29 Millionen Tansanier/innen waren auf dem Festland zur Stimmabgabe registriert, sowie 560.000 in Zanzibar; weniger als 50% gingen zur Wahl. CCM, ex-TANU, ist seit der Unabhängigkeit an der Macht. Angesichts ihrer Dominanz hätte die Opposition, so schrieb etwa die südafrikanische *Mail & Guardian*, für einen Sieg eine Allianz bilden müssen. Die Opposition blieb gespalten und so war die Wahl verloren, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Die Anhänger des Präsidenten und die Sicherheitskräfte trugen mit Gewalt und Verhaftungen das Ihre zur Einschüchterung der Opposition bei.

Die Wahlkommission erklärte Magufuli mit 84% der Stimmen zum Sieger; Lissu erreichte 13%. Auch auf Zanzibar gewann der Kandidat von CCM. Die Oppositionsparteien erhoben Protest wegen Wahlbetrugs. Demonstrationen schlug die Polizei gewaltsam nieder; zumindest in Zanzibar gab es dabei laut *Associated Press* Todesopfer. Nur wenige, so die kenyanische *Daily Nation*, hätten daran geglaubt, daß die Wahlen frei und fair sein würden. Magufulis populistische Amtsführung und Hang zur Autokratie wären dafür verantwortlich.

Am 5. November meldete sich schließlich eine Freundin aus Dar es Salaam. WhatsApp und andere soziale Medien würden wieder funktionieren. John Magufuli wurde an diesem Tag vereidigt.

Daniela Waldburger

für Ghordan bzw. Ramaphosa und eröffnet gleichzeitig das bisher verzögerte parlamentarische Verfahren zur Abberufung der Public Protectorin, der mangelnde Überparteilichkeit und fachliche Inkompetenz vorgeworfen wird.

Grenzwischenfall Botswana-Namibia. Die Erschießung von vier namibischen Fischern durch Angehörige der *Botswana Defence Force*

(BDF) in der Nacht vom 4. auf den 5. November wurde in Namibia mit größter Empörung aufgenommen. Es kam zu Protesten in Windhoek und in Katima Mulilo, Flaggen von Botswana wurden verbrannt und Autos mit BOT-Kennzeichen beschädigt. Vizepräsident Nangolo Mbumba nahm am Begräbnis der Getöteten teil, und auch Präsident Hage Geingob sparte nicht mit Kritik – immerhin war auch Wahlkampf. Jetzt soll eine zwischen-



Ort des Geschehens: Der lange umstrittene Grenzverlauf zwischen Namibia und Botswana

staatliche Kommission den Verlauf der Ereignisse klären.

Recherchen des *INK Centre for Investigative Journalism* zeichnen nämlich ein komplexeres Bild. Laut Botswana zufolge soll es sich bei den getöteten Fischern nämlich um Wilderer gehandelt haben, die über den Chobe-Fluß ins nördliche Botswana eindringen. Insgesamt sollen heuer bereits 12 Personen, die meisten Namibier, als Wilderer von der BDF erschossen worden sein. Konservativen Schätzungen zufolge sollen über die letzten 20 Jahre hinweg 30 Namibier and mindestens 22 Zimbabwer dasselbe Schicksal erlitten haben.

Seitens der BDF wird behauptet, die vier angeblichen Fischer seien Teil eines kriminellen Wilderer-Netzwerks gewesen, deren Aufgabe am fraglichen Tag es gewesen wäre, Elefantestoßzähne aus einem Depot abzuholen und in Namibia den Weitertransport zu organisieren. In den zwei verwendeten Booten wären diese Stoßzähne auch klar zu sehen gewesen. Die Namibier hätten weiters beim Herannahen eines Patrouillenschiffes

wegen ihrer brutalen Haltung gegenüber Wilderern schon seit langem in Kritik. Wie Tshekedi Khama, früherer Umweltminister und Bruder des damaligen Staatspräsidenten Ian Khama, 2013 einem geschockten englischen Filmemacher erklärte: *»Es geht um unsere Kultur – wir töten den, der sie bedroht. Das ist einer der Gründe, warum unsere Anti-Wildereereinheiten keine Verhöre durchführen. Wir senden eine klare Botschaft: Wer nach Botswana kommt, um hier zu wildern, muß damit rechnen, daß er nicht lebend in seine Heimat zurückkommt.«* Und auf die Frage, ob das auch auf Einheimische zutrefte: *»Ja, durchaus. Selbst wenn ein verdächtiger Wilderer sein Gewehr fallen läßt und die Hände hebt, wird die BDF schießen.«*

Zambia in der Schuldenfalle.

Als erster afrikanischer Staat seit langem geriet Zambia in Verzug mit seinen Auslandsschulden. Wie die Regierung in Lusaka am 13. November eingestehen mußte, konnte mit den Gläubigern einer Eurobonds-

Anleihe im Wert von 3 Mrd. US-\$ keine Einigung über einen Aufschub der vor einem Monat fälligen Zinszahlungen erzielt werden.

Nachdem Zambia Mitte der 2000er Jahre im Rahmen der HIPC-Initiative einen Großteil seiner Auslandsschulden abschreiben durfte – wofür sich u. a. der ehemalige Präsident Kenneth Kaunda einsetzte, den wir für INDABA interviewten (9/96) –, begann es 2012, sich erneut zu verschulden.

Dies wurde durch ein Rating der internationalen Agentur *Fitch* erleichtert, die Zambia zu diesem Zeitpunkt als »stabil« einstuft. Daraufhin flossen Milliarden von Dollars nach Zambia. Im September 2012 gab das Land seine erste Eurobonds-Anleihe im Wert von 750 Mio. US-\$ heraus, zwei weitere folgten. Die stark wachsende Verschuldung führte bald zu internationaler Kritik (INDABA 88/15), was die Regierung allerdings kaum beeindruckte.

Der Internationale Währungsfonds u. a. machen für die aktuelle Krise Zambias Schulden an China verantwortlich. Diese dürften, soweit bekannt, ebenfalls rund 3 Mrd. US-\$ betragen. Daten der Weltbank zeigen allerdings, daß der Großteil der zambischen Auslandsschuld (70%) auf Gläubiger im Westen entfällt, neben IMF und IBRD sind dies Kommerzbanken und Hedgefonds.

Es ist zu hoffen, daß die zambische Entwicklung in Südafrika und Namibia genau beobachtet wird. Beide Länder haben im Gefolge der Covid-19-Krise erstmals Standby-Kredite beim IMF aufgenommen, und vor allem in Namibia hat die Auslandsverschuldung bereits ein beträchtliches Ausmaß erreicht.



Zimbabwe: Some Reflections and Hopes

(August 2020)

By Reg Austin

Zimbabwe today

Statement by the African Union:

»Addis Abba, Ethiopia: 7 August 2020. The Chairperson of the African Union Commission (AUC), Moussa Faki Mahamat, is following closely political developments in Zimbabwe as the country mounts concerted efforts in response to the devastating effects of the COVID-19 pandemic.

Cognisant of the existing harsh socio-economic situation in the country, the Chairperson urges the Zimbabwe authorities to respond to the pandemic ensuring that the national response is premised on human rights as enshrined in the 1981 African Charter on Human and Peoples' Rights. The Chairperson is concerned about reports of disproportionate use of force by security forces in enforcing COVID-19 emergency measures. He implores the authorities to exercise restraint in their response to peaceful protests.

The Chairperson further encourages the government of Zimbabwe to uphold the rule of law allowing for freedom of the media, freedom of assembly, freedom of association and the right to information. Violations of these rights are a breach of the African Charter on Human and Peoples' Rights and the 2007 African Charter on Democracy, Elections and Governance.

The Chairperson welcomes the appointment by South African President and current Chair of the Union, HE Cyril Ramaphosa, of two special envoys to Zimbabwe [...] The Chairperson reaffirms the African Union's commitment and support to the government and people of Zimbabwe in their endeavour to deepen democracy in the country, in line with the African Charter on Democracy, Elections and Governance.«

That carefully worded, measured statement by the African Union underlines the problems we face in Zimbabwe today. It reflects situations we have lived through before, and survived.

In our 40 years as an independent sovereign state, governed by one party, we have seen crises and change, but after our critical formative years (1980 to 1987) has change ensured that we are still the same? The struggle for peace, freedom and prosperity continues.

Zimbabwe's frustrated democratisation

This present Covid-19 CRISIS, like earlier crises, is attributed by the current ZANU administration, which has governed for the entire period of independence, to natural disasters and, more so, to an on-going series of destabilising internal and external activities, including economic and personally targeted sanctions, causing poverty and hunger, illegal interventions, false criticism and accusations, subversion, disloyalty and the failure of its internal opponents to embrace its leadership and repeated offer of National Unity and help attract urgently needed investment to cure our ills.

Internal critics, churches, civil society and political opponents of ZANU, commencing with the elected PF-ZAPU opposition in the early 1980s, have resisted this interpretation of the solution. They have sometimes been joined by external democratic Western critics, and occasionally by fellow African states. They have pointed to government corruption, failed economic policies creating unemployment, poverty and hunger, serial electoral malpractice, autocracy, militarisation, the undermining of the rule of law, and violation of human rights.

The current crisis has revived a combination of the internal critics with unusually specific criticism from a concerned

African Union, South Africa's fraternal offer to assist and the catalogue of worries from the Catholic Church in Zimbabwe, a long and outstanding critic of colonial minority rule and advocate of Zimbabweans' right to democracy.

Causes, crises and solutions?

Why and how did we arrive where we are? Where do we go from here?

I have reflected on these questions at different times, in differing circumstances, since I first became involved with the »idea of Zimbabwe« in 1959. Then, in the time of the ANC of Southern Rhodesia, they were not posed or named as explicitly as ‚Zimbabwe‘ but in terms of majority rule, democracy and freedom. That was what we believed ‚Zimbabwe‘ would mean for us. Majority rule has been answered, the other questions are on-going.

Causes

Seeking answers to, the causes of, or blame for current crises tends to focus primarily on the present or recent events, decisions and actions to explain the hows and whys of our situation. **I believe our history is also vital to explain the present and the likely future**, because it shaped actors who have been, and still are part of our present leadership of the political Party ZANU (PF-ZANU since 1987) whose policy and practices have been, are now, and probably will continue to be central to our hopes for the Zimbabwean Democratic Governance Project.

My present focus is on a period of our history when that leadership was brought together with Britain, a major actor in their – and thus Zimbabwe's – foundation and formation.

Britain had authorised the BSA (British South Africa) Company's mercenary occupation and then the settlers' colonisation and serial taking of our indigenous peoples' land. Finally, it insisted imperially on becoming the ambiguous manager, mentor and guide in the first, intensely troubled, dangerous times of our would-be project for peace, good government and prosperity.

This takes us back to **Lancaster House** and the crucial months of 1980-'82.

Critically interconnected events and factors unfolding then are still vital to understand.

These are:

1. The exclusion, by Britain, of the United Nations from the control and mediation of the 1979 Lancaster House constitutional conference, and thus the management and advisory role in the ceasefire, the elections and the military (Disarmament, Demobilisation and Reintegration – DDR) and civilian transition process.
2. The neglect and ultimately the exclusion of any negotiation with the Patriotic Front, of a fundamental purpose and source of the War of National Liberation – land reform, historically a central issue of decolonisation. The resulting being land reform's festering delay until its disastrous confrontation in the worst possible, chaotic, conflicting conditions of the 2000 Referendum and election.
3. The **British exploitation** of their control and influence, to pursue **Cold War priorities**. Thus exacerbating rather than reducing and helping to manage and resolve the post-conflict tensions within the Patriotic Front.
4. The extraordinary destruction and the destabilising and psychological effects of the external and subversive acts of violence visited upon the young Zimbabwean state, its newly installed government and opposition political parties and people.
5. The effect of these factors and events on the shaping of the political philosophy, practice and convictions of the central actors in the Zimbabwean drama: Robert Mugabe and ZANU, the political arm of ZANLA.

British framework for Zimbabwe's independence: Exclusion of the UN

A central role for the United Nations in mediation, management and oversight of the independence conference and transition, was the Anglo-American Peace Plan for Zimbabwe's independence process. It was pursued in the 1976 and 1977 Geneva and Malta conferences, accepted by the Patriotic Front and its Front Line State allies, but bitterly opposed by the Rhodesians and their internal allies.

In 1979, after Thatcher's election, it was vigorously lobbied against, by Lord Carrington's team, and replaced by the exclusively British »Directive Mediation« control of the conference. The independence election and transition was thus in exclusively British hands.

Carrington had persuaded the USA, the Front Line States and Nyerere to abandon the UN role. The UN plan was moth-balled, applied successfully in Namibia and developed for use in post-conflict peace and election transitions in Cambodia and elsewhere.

The Patriotic Front (PF) preferred a UN-assisted peace process. The UN was unambiguous as to the history and purpose of the armed struggle: Majority rule, while the Thatcher government openly condemned the liberation movement as terrorists.

Thus, for Britain to pretend to be a neutral mediator was seen as and turned out to be absurd.

In one important respect, the British plan worked, it achieved independence. But it failed totally to bring peace, in either the short run, failing to prevent or mitigate Gukurahundi (1980 to 1987) or to contribute positively to the long-term peaceful resolution of our major reform issue: land. It also neglected to foster, in the leadership it was mentoring during the first formative months, the deeper democratic values of tolerance and inclusivity – the pre-conditions of a democracy we still await.

Instead, the deliberate refusal to negotiate with the PF contributed to the on-going fear, misunderstanding and resistance to the peaceful management of change, which is democracy. This still bedevils us today and has made such interventions as the AU statement inevitable. The disaster was not only not negotiating, but Carrington's building into his constitution, like an improvised explosive device (IED), Section 16, entrenching for 10 years the absolute protection of farmland from expropriation.

The problem was left to fester for 20 years, to »blow up« in the most destabilising, dangerously provocative circumstances, in the midst of the 2000 Referendum and election.

The PF commitment to a negotiated land reform

Land and reform was a basic purpose of the war: to fight for in the bush or to negotiate for around the conference table.

The PF was ready for long, intense and tough negotiations. This, we were and remain convinced, would have saved lives, created a basis for good ethnic and international relations, the economy and a better future. Certainly it could not have been worse than the chaos, uncertainty

and insecurity of 2000 and onwards, which we still have to live with. This becomes even clearer given the US \$ 3.5 billion compensation for improvements the bankrupt government has agreed to pay to the dispossessed farmers.

The PF legal team at Lancaster House had in mind possible starting points, such as the Kenyan independence Million Acres Scheme, and a similar idea, raised in Kissinger's 1970s diplomatic shuttle to Rhodesia.

But there was to be no starting point.

There was never any negotiation, nor was there even a plan for exploratory discussion with the PF.

Carrington dictated – his preferred negotiating technique – and the Rhodesians agreed. He moved the agenda on, and refused to return to the land issue. The conference wound down to its final weeks. Still no sign of negotiation. Pressure on Nkomo and Mugabe, from PF combatants, who were always sceptical of British good faith, was growing.

In desperation, the PF leaders broke off the talks. They demanded that land reform be returned to the agenda. Carrington refused, knowing he was in a strong position, as Rhodesian attacks on the FLS intensified. He chose, instead, to combine his reliance on military and diplomatic pressures, to persuade our principles with a softening-up process, amounting to what was lies and bribes. The promises? Freely available finance from Western sources, sufficient to ensure that »market forces« would »liberate« farmland into the government's hands! These came from private conversations involving not only Britain but also the USA and Germany.

Reported by Nkomo to the PF-ZAPU legal team, our advice was that they should become part of the final agreement or at least be written and binding. This was refused. Our opinion was that the promises would not be worth the paper they were not written on.

The PF leaders persisted in their demand for negotiation. That had been the reason to enter the conference.

With the unrelenting pressures of Rhodesian attacks and Carrington's diplomatic pressure, the Front Line States (FLS) now joined the demand for the PF to go back to the table, to move on, to win the election.

General Josiah Tongogara the ZANLA Commander, back at the conference from Mozambique, confirmed that President Machel would not provide continued support. As he reported, »*If we don't return to the table, we can return to Mozambique, but only to live on the beach.*« The PF had no choice. Nkomo announced their return to the table ... The conference closed on 23 December 1979.

Land reform was never negotiated with the Patriotic Front, its future ex-combatants or their people.

A cold war agenda and a difficult, destabilized transition

The consequences of the change from UN to British control of the transition were equally long term. It meant, first, a directive British Chairman, setting the agenda and controlling it in London, second, the British Governor's election control in Salisbury, and finally, the British Military Assistance Team's (BMAT) central role in strategic meetings and decision-making, in implementing the election, the ceasefire and the DDR transition. This ensured that British priorities, and they were vital priorities, were at all stages permanently in mind and served first in the advice and guidance given to Mugabe and ZANU political and military leaders.

Internal tensions and Gukurahundi

Anglo-American Cold War concerns in Southern Africa were intense in the late 1970s. At Mozambique's and Angola's independence, armed and supported by China and the Soviets, they proclaimed to embrace a Marxist future. It was vital to British, US and, even more so, to apartheid South Africa's interests that the Patriotic Front, also backed by the Soviets [ZIPRA] and China [ZANLA], should not fall into the same orbit.

Thatcher's government's passion to control the Zimbabwean peace process was fuelled by its determination that the party coming to power in the new post-colonial state and government would not keep its communist connections. Both elements of the PF had such connections. ZIPRA was also in alliance with the ANC's armed wing, Umkhonto we Sizwe (MK), dedicated to the liberation of South Africa.

ZANU's political links were healthily anti-Soviet. It was supported, ZANLA was trained and armed by a »communist« China, which by 1980 (post-Kissinger) was firmly on its path to state capitalism. ZANU's liberation objectives were limited to overthrowing Rhodesia.

Thus, there were good reasons and opportunities for the ZANU government's inherited advisers and mentors to ease its entrenchment into power as »a less dangerously aligned« Zimbabwe state. This scenario was supported by ZANU's lengthy delay in opening diplomatic relations with

the Soviets. The potential of this Anglo-ZANU consensus on Soviet-inspired subversion spiralling out of control of its guide was soon, however, to become clear.

Early examples were ZANU's readiness to rely on unproven allegations of ZIPRA's subversive caching of arms as reasons to sack PF-ZAPU ministers and charging former commanders, including General Dumiso Dabengwa, of plotting with the Soviets. Their trial, before an ex-Rhodesian judge, formerly Ian Smith's Minister of Defence and Combined Operations and, unlikely to be a Soviet sympathiser, found them to be convincingly not guilty. They were immediately re-arrested and, for the next four years, detained without trial.

The tensions, anxieties and suspicions of the ZANU leaders were in no way smoothed by the British priorities or presence. They became overwhelmed by a tragic combination of the internal conflict, the disintegration within the army and a phenomenal scale of externally-sponsored destabilisation and destruction.

The circumstances leading to Gukurahundi would have been extremely stressful and destabilising for an established, confident and mature government, enough to break their nerve. They must have been terrifying for ZANU, Mugabe and his security officials. For the beleaguered Mugabe and Mnangagwa they must have fed an emerging paranoia and dangerous psychosis.

The embarrassing destabilisation from South Africa must also have been insanely frustrating and unbalancing. Shiri's 5th Brigade's targeting of presumed PF-ZAPU-aligned peasants in the Midlands and Matabeleland, freely labelled dissidents, might also have been an added suspicion (or a hint?) that, in line with their alliance with the ANC, ex-ZIPRA cadres were supporting MK actions in South Africa, something which would have infuriated Mugabe – and which he had promised the British and South Africans would not happen.

Might this best explain Mugabe's otherwise bizarre explanation, made without apology when the truth of the massacres was no longer deniable, that the long bloody years of Gukurahundi was, literally, »a moment of madness«?

In this extraordinary situation between 1980 and 1982, the British Governor's team and the BMAT's guidance and advisors were both perfectly placed to calm and reassure the thinking and decisions Mugabe and his security officials would make.

Mugabe's team's experience and orientation of decision-making and leadership up to this point was in »revolutionary violence« and the consuming intrigues of the liberation movement's infighting. They were new to the responsibilities of an election-based government and the alien ideas of the wider responsibilities of »elected power« and inclusive government. They were the »clay« of an emerging civilian leadership. The advice and guidance they were given during the intense »heat« of these extraordinarily challenged, formative months would »shape« the mode, model and style of the Westminster model of governance they would now adopt and develop. They would inspire ZANU's application and perfection of the system.

The long-term influence of the advice of their British »guides and comforters« on Mugabe and ZANU's decisions in the immediate »crisis« was dramatic.

Some would attribute to that influence and to those early crisis decisions their interpretation of the Westminster system of democratic government as »an elective dictatorship« as it was described by Lord Hailsham, a former British Lord Chancellor – though with the emphasis less on »elective«.

Gukurahundi

The Gukurahundi horror is best catalogued in the 1997 report »Breaking the Silence« by the Catholic Commission for Justice and Peace, and The Legal Resources Foundation.

The truth was and remains vital. This is necessary for understanding both ZANU's accusations of subversion and the horrors associated with Gukurahundi. It was supposed to be revealed by the two official (Dumbuchena and Chihambakwe) Commissions of Enquiry. Their delayed release and ultimate suppression was partly why the non-governmental research and report: »Breaking the Silence« became necessary.

Gukurahundi and the problems of power, loyalty and opposition

Despite the unproven allegations against PF-ZAPU before and during Gukurahundi, the party was never banned. It continued to contest openly as the opposition party, despite the sacking of its ministers, the trials and detentions; after the return of Nkomo from exile, a bizarre pretence of political normality persisted, while the army's

scourge of the affected rural areas persisted.

This was an agonising time.

I was aware, from hours spent talking with Nkomo in his home before 1987, of his rising sense that nothing would save PF-ZAPU; its mere existence was a continuing danger to any perceived ZAPU supporters. Its existence as an opposition party, no matter how weakened, was being seen as an existential threat by ZANU. His abiding dread was also of any external intervention in Zimbabwe, dragging it into a repetition of the chaos and destruction taking place in Angola.

Nevertheless we contested the election in 1985, retaining seats as the Official Opposition in Parliament. But the threatening atmosphere for isiNdebele speakers in the South West worsened. In the 1985 elections, in Harare constituencies, overwhelming ZANU victories did not save voters identified as PF-ZAPU from being hunted down, relentlessly beaten, their houses burnt. Masuku, Dabengwa and other ex-ZIPRA officers remained detained without trial, and they were never found guilty of any offence.

An inevitable victim of the constant flood of unproven accusations and denials was the truth of both Gukurahundi and our national history. The mass killing and violence against civilians was hidden or justified as necessary to eradicate the widespread existence of dissident »fish«, flourishing in the »sea« of disloyal supporters of a lawful political party, and was unrelentingly denied and lied about.

This practice persists as the government's current responses to concerns of the African Union, South Africa and the Zimbabwean Catholic Church confirm.

Gukurahundi and the surrender of PF-ZAPU for the sake of peace and national unity?

By the end of 1986 it was clear that Gukurahundi would continue. The price demanded of Nkomo by Mugabe to end it was the surrender of PF-ZAPU's separate identity and its incorporation into ZANU.

It was a high price to pay to stop the killing.

Nkomo and PF-ZAPU had grown out of the original ANC in the 1950s. They had survived Rhodesian bannings, imprisonment, detention, internal splits [which had given birth to ZANU], exile, negotiating critical military assistance and political solidarity in Africa and abroad, recruiting and building an army, fighting a war, exploring and negotiating a peace, all the while managing to maintain the commitment

of the Zimbabwean people at home to the struggle for democracy. The right to participate, the freedoms and peace which their skin colour had denied black citizens was now denied to ZAPU members because of their open pursuit of competitive, multiparty electoral politics.

Would the surrender to ZANU and the acceptance of a de facto one-party system achieve that peace and freedom? Nkomo had no choice in 1987. The surrender did achieve an important, if temporary, opening of political space.

But was it the answer to stable government in Zimbabwe? Is it still the answer?

Is this in reality the evolving ZANU model of democratic governance?

Did the blameless Gukurahundi, leading smoothly to the 1987 forced amalgamation – ZANU-PF – prove that national unity brought stability to Zimbabwe? Was this confirmed when the SADC region »assisted« PF-ZANU and MDC to restore credible governance after the discredited election by promoting another Government of National Unity (GNU) in 2009? Or now, is ZANU-PF »stabilizing« governance by effecting yet another, bizarre form of unity with a factionalised MDC?

The question is still open.

Capitulation to end the killing was a high and cruel price not only for Nkomo to pay but difficult to grasp for PF-ZAPU members not immediately suffering and fully aware of Gukurahundi's brutality.

I remember, making house-to-house visits to contact members in Harare to explain the harsh realities, having difficulty in explaining the situation. It was hard to convince a senior, dedicated party member, working as a domestic servant – who had encouraged her children to join ZIPRA – that it was necessary to submit and become a member of the future ZANU-PF. In the event, she and the party accepted the Unity Accord.

The Gukurahundi killing fields were closed. A grossly unbalanced immunity for crimes on both sides was handed out. Some lessons were learnt. These questions remain:

- Was this peace the inevitable coming of the one-party state?
- If not, what was the model of the ZANU-PF government to be?
- How, in fact, would PF-ZAPU and its proclaimed democratic values fit into a ZANU (now ZANU-PF) UNITY?
- What politics would be possible?
- What was the social contract on offer?

The Unity Accord: Mugabe's social contract?

Mugabe was said to keep a copy of Machiavelli's »The Prince« next to his bed.

His party's 40 years in control of the party/state suggests his was a complex, deliberately contradictory hybrid of philosophy and pragmatic practice. It understood the need to accommodate democratic constraints, rhetorically espoused or unavoidably imposed. He was always also a self-confessed »revolutionary«. But it would seem he was convinced that in the nature of man (or particularly Zimbabwean men and women) we must accept the protection and control of a Leviathan. Without its protection, life would only be »nasty, brutish and short«. There would be no viable state or order.

Was this belief inherent in the introvert Zimba »herd boy« become man, who Chikerema is supposed to have described? Or was it his intensive reading in political detention? How far was it formed by the worldly-wise advice offered, in the formative, terrifying weeks of Independence, the DDR breakdown, the total destruction of the Zimbabwe Air Force by Governor Soames and his team? Was it just hubris brought on by the habit of absolute power? Whatever its source, it would seem that he found in Thomas Hobbes' Social Contract and the »Leviathan« a most sensible as well as desirable form of governance for Zimbabwe, provided the Leviathan was himself and ZANU.

The most pernicious significance of this proposition is: Was his conviction of the rightness of such a Hobbesian »Social Contract« confirmed by the events and influences he experienced in the disastrous weeks of 1980 and '81? Does it help explain the dystopian decisions he made, leading to and during Gukurahundi?

His belief in its plausible application in practice in a notionally democratic system seemed to be proved by his later insistence on the »swallowing« of PF-ZAPU. He achieved it fault- and apology-free! No imperial or Western sanctions were imposed. The words »Gukurahundi« and »genocide« were not mentioned together for years. Lord Soames left Harare on friendly terms, with Britain happy with the success of »Directive Mediation« and British Transition Mentoring. General Shiri, appropriately promoted Air Force Commander, was duly invited to visit Britain.

A version of the theory, sanitised by its regional approval, was its application in the 2009 GNU. Significantly, ZANU-PF insisted that the vital levers of security powers were held by ZANU-PF.

Might it, then, still be part of Zimbabweans' future?

The critical question, as the post-Mugabe ZANU-PF continues, is:

Were what I suggest were Mugabe's Hobbesian convictions also able to infect, infiltrate and pervert our democratic constitutional institutions – executive, administrative, parliamentary and judicial?

He and the party have controlled and molded them for over 40 years. They are part of his celebrated »legacy«.

A one-party state?

ZANU and Mugabe openly embraced the idea of one-party rule, associating it rhetorically but not lastingly with its socialist revolutionary claims.

At the »incorporation« of PF-ZAPU into the ruling party, Zimbabwe was not a one-party state.

In 1987 all seemed ready for the introduction of the one-party state.

The first meeting of the PF-ZANU Central Committee (CC) seemed the obvious occasion for this. A resolution was proposed: That the party declare a one-party state and implement it.

But then the former head of ZIPRA Military Intelligence, the late Comrade Dumiso Dabengwa, just freed from detention without trial, spoke against the proposal. He argued that, based on his experience in the Soviet Union and the GDR, this would be wrong for Zimbabwe. No one spoke in favour. The proposal was not put to a vote.

I was in Cambodia from 1992 to 1994, and never attended another CC meeting after that. I am aware of no such resolution ever being passed. Yet, multiparty Zimbabwe was ruled for a short time, de facto, without any opposition.

The social contract and democratic space?

The decade following the 1987 incorporation of PF-ZAPU heralded what may optimistically be described as the postponed formative years of Zimbabwean democratic space. Before then, Zimbabwean politics were dominated by two partly militarised parties. The country had been in a schizophrenic state. In the South West, life was made »nasty, brutish and short« by the Central Intelligence Organisation and the 5th Brigade until they were called off by ZANU.

For the rest of the country, and in the eyes of the world, a miraculous transition to inter-racial peace and reconciliation was taking place. White farmers dismantled their elaborate security systems, bought a ZANU membership card and called on its Commissars if their »labour« gave problems. And made money.

In Harare, even PF-ZAPU members like myself (who had been involved in the joint PF legal team) were welcomed. I had failed to join the new government service but was delighted to be offered the Chair in the Law Faculty of the University of Zimbabwe (UZ). The University, in fact, became something of a haven for »liberated« but non-ZANU academics. After 1987, in the space created by Unity, I stood for and was elected to the ZANU-PF Central Committee.

There was a safe place to participate in Unity.

I was invited by President Mugabe to undertake a series of official tasks. I chaired the Board of the vibrant Air Zimbabwe and Affreight Air. I also joined a mission regarding conditions of our students in Cuba and official peace and election promoting initiatives: a Commonwealth mission to Mozambique exploring with FRELIMO and RENAMO a ceasefire and internationally supervised elections; an Observer Mission to the 1991 elections in Zambia, ending Kenneth Kaunda's rule and one-party state; a UN all-party meeting in Luanda for a possible peace treaty in Angola, via UN-supervised elections. This led to drafting electoral laws for the UN Transitional Authority in Cambodia [UNTAC] and then heading up its Electoral Component. For this, President Mugabe approved my release from my duties at UZ and the airline. In 1994, he supported my appointment to the Commonwealth Secretariat. Until 2006, I worked internationally on post-conflict, election and democracy promotion.

Having witnessed the savagery of the 1980s and then the transition to a united cooperative government promising and indeed delivering an energetic phase of national development (with the sad exception of the South/West), was an extraordinarily contradictory, discomfiting, puzzling experience. It had brought a peace of sorts. It had created a less psychotic, paranoid state of mind in the new, renamed ZANU-PF government. Was this the proof of the Hobbesian idea? Was this the best model for Zimbabwe?

Equally confusing (or promising?) was the fact that multiparty competition returned and grew in that space before 2000. It might have taken root and established. But the Lancaster House refusal to negotiate the land issue was reopened by the Referendum. The ensuing chaos closed the space and installed a fearful and discomfited policy and practice in ZANU-PF, which keeps that question open.

The multiple consequences of un-negotiated land reform

The unresolved land issue had remained central, festering, but largely avoided until the 2000 Referendum. In the proposed new Constitution, the government reasserted this 1990 promise to expropriate commercial farmland, with compensation limited to »improvements« of the land, but no compensation by Zimbabwe for the land itself. The land had originally been taken by British authorised »BSA Company conquest« – without compensation – from the indigenous people. British government's title to it had been confirmed by a 1919 Privy Council judgement, which had also decided that the idea of an »indigenous title« was »uncivilised«. Britain then sold the title to the Rhodesians. Thus it was to Britain, in the government's view, that farmers would have to look for a remedy for stolen land »sold« to them.

Apparently unaware of the explosive reality of Carrington's refusal to allow land reform negotiations at Lancaster House, white farmers had been content diversifying their »breadbasket of the region« industry, comforted to see that the president and his ministers were shedding their socialist pretences, and discovering the comprador rewards of government »insider dealing«.

In the promising post-Unity political space, the government's amendment of Section 16 was put for popular approval in the 2000 Referendum.

Carrington's un-negotiated »IED« was now linked for popular approval with other significant proposals. The defeat of the amended constitution came as a shock. It was the first defeat for ZANU-PF.

Mugabe accepted the result, but it soon became clear that land reform was still an essential mobilising instrument and that there would be a return, if necessary, to the »struggle mode« of its pursuit.

The political space was quickly closed. Government anxiety saw land reform as being denied by an alliance of revived colonial and misinformed subversives as well as pretended multiparty democrats, encouraged by international capital. It should never happen.

Together those had indeed rejected the new Constitution, but for different, insufficiently differentiated reasons. The MDC and civil society were bitterly opposed to the proposed extension of Mugabe's term, the commercial farmers to the expropriation of land. The MDC, with trade union origins, was surprisingly ambiguous on land reform,

or perhaps just being tactical and unwilling to seem to endorse government rhetoric?

For this reason even ex-PF-ZAPU and other non-ZANU leaders, loyal to the original war aims, distanced themselves for years from the MDC.

But the real shock of the rejection of the Referendum and MDC's electoral performance showed that a loss of power was what was at stake.

The result was revived autocracy, electoral manipulation, augmented official and ex-combatant, »volunteer« mobilisation.

Raw power was again necessary to keep government power, now in the name of land reform. This suppression of what might have been a return to the democratic project remains the mostly forgotten casualty of Carrington's refusal to negotiate with the PF.

The chaos of what became the »fast track« land reform programme caused a range of immediate avoidable disasters. The most enduring disaster was the Zimbabwean economic downturn.

No doubt the sanctions for the expropriation and violence, to which the government mainly attributes such ills, was also part of the problem. But the opportunities the »reform« offered for increasing anti-democratic practices: corruption, greedy accumulation, patronage and unaccountability, are an obvious reason for the decline.

They have also distorted constitutional institutions so badly that the return to regulated, accountable government is almost impossible.

The range of victims of the immediate and on-going chaotic land reform now outweighs the real advantage of the land distributed to landless peasants and to efficient large-scale indigenous farmers.

The victims include: displaced farm workers, indigent expelled white farmers, the forgotten communities deprived by colonial land grabs, the vast number of unemployed, lost basic services in the fields of health, education, water, electricity, roads and food. They are all in the queue, in need of peace, freedom, dignity and prosperity.

The sudden explosion of the land reform problem was to go on to create wider harm and controversy. These included Zimbabwe's loss of respect for the rule of law following the physical expulsion of the Chief Justice for his judicial position on the issue and the consequent loss of the independence of the judiciary. The problem went on to become regional, leading to the abandonment of what should be the Human Rights Tribunal in Windhoek.

A possibly internally negotiated land reform?

If the explosion of the land issue in that »perfect storm« after the 2000 Referendum had been avoided, might the catalogue of disasters brought about by the initial refusal to negotiate have been avoided? If the Referendum had been accepted and land reform submitted to parliamentary debate, lobbying, rational argument on its legality, involving private, governmental and international investors and national civil society, might the further downstream consequences have been avoided or at least mitigated? I believe that might have been possible. The 1990s decade might have allowed the »Leviathan« complex to wane, rather than its waxing as it has, to include a deniable coup d'etat to launch a »new dispensation« and novel means of ensuring control by incorporation.

Perhaps the best evidence to support my slight optimism is the fact that ZANU-PF has now agreed with farmers to implement Mugabe's 1990 policy, after two decades of chaos and delay. How much better would the negotiation have been than three decades of chaos have been?

Downstream effects of chaotic land reform

Inevitable by-products of the unplanned chaos of the »taking and distribution« of such precious assets as the farmland in Zimbabwe, especially if combined with inefficient or corrupt government or party institutions, has been the growth of a culture of insider »sharing of the spoils«. This feeds the growth of a patronage system. This has become identified with a system of increasingly centralised, unlawful controlling mechanisms.

Land distribution was an insufficiently class- and gender-aware process and insensitive to the equitable restoration to indigenous communities of the loss of land by force. This has also created a widening culture of gross accumulation. The range and scale of the opportunity and temptation of material enrichment (or loss), the chaos it provided was enormous and infected other areas.

All of these have made electoral or any other form of reform or peaceful change which threatens the loss – or even independent constitutional control – of state power much less possible. Additionally, the drama and publicity of Zimbabwe's »fast track« »taking and redistributing« has

provided Mugabe and ZANU-PF with the credible use of a powerful alternative »anti-capitalist/anti-imperialist« »development as a human rights« narrative. This works well to counter, deflect or neutralise criticism of ZANU-PF's record of suppression and violation of political and civil human rights.

One other compensation for the constant personal criticism of Mugabe's identification with the land grab has been his elevation, throughout the world, as the »real liberator of the land«. I witnessed this unexpectedly in a faraway corner of the Pacific, the Solomon Islands.

A very Melanesian passport officer, inspecting my passport, uncertain whether, and if so, where Zimbabwe really existed, he immediately recognised it at the mention of President Mugabe, »Ah, yes – the man who took the land back from the colonizers«.

Land remains, universally, a critical, passionate post-imperial matter.

For all of this, the blame – misplaced in my view – is heaped almost exclusively on Mugabe and ZANU-PF, as the result of their insistence on returning in the amended constitution to land reform and expropriation of colonially-seized land. More properly, blame was due for its failure to control the violence and chaos into which the »fast track« land seizures descended.

But, as much of this reflection has sought to show, our history is and continues to be written not only by ourselves, but by others and, in our case, most specifically by Britain.

Professor Reginald Austin is a Zimbabwean academic lawyer.

He has been involved in work for its independence and democracy, at home and abroad, since 1960. He was the founding Dean of the University of Zimbabwe Law Faculty until 1992, when he worked for the UN on post-conflict election-based transitions in Cambodia, South Africa, The Solomon Islands, Afghanistan and East Timor. Between 1994 and 2002 he worked with the Commonwealth Secretariat in London and International IDEA in Stockholm. He was Chair of the Zimbabwean Human Rights Commission from 2009 to 2013. He is married and has three daughters.

The Southern Africa Documentation and Cooperation Centre in Vienna (www.sadocc.at) feels honoured by Prof. Austin's decision to publish his thought-provoking analysis of Zimbabwe's post-Independence development in our magazine, INDABA (nr. 108, December 2020). We want to express our sincere gratitude to him. We also thank Lotte Rieder-Fraunlob for editing and preparing the text for publication.

Schutz für Nonhle Mbuthuma!

Während uns in Österreich Winter und Lockdown wieder in die Privatheit unserer Wohnungen drängen, beginnt in Südafrika mit dem Frühling die Öffnung, und es mehren sich leider auch besorgniserregende Neuigkeiten zu der seit zwei Jahrzehnten andauernden »Xolobeni Mining Saga« (INDABA 98/18 und 100/18). Ein Aufruf von Marlene Wagner.

Im November 2018 feierten wir gemeinsam mit Nonhle Mbuthuma, Sprecherin des *Amadiba Crisis Committee* (ACC), auf der von VIDC und SADOCC veranstalteten Dialogkonferenz *EU-Africa – Inequality. A Challenge for African-European Cooperation* den über 20 Jahre erkämpften Entscheid des Gerichtshofs zum »Recht auf Nein« zur geplanten Titanmine des australischen Konzerns MRC in der Provinz Eastern Cape. Gemeinsam konnte hier auch der Bau einer Autobahnbrücke für eine erschließende Autobahn zur Mine – ein vermeintliches Prestigeprojekt der österreichischen Baufirma Strabag – verhindert werden. Schon damals lief, nach dem Tod des vorhergehenden Sprechers des ACC und der bisher ungeklärten Ermordung von Sikhosphi »Bazooka« Radebe im Jahr 2016, eine Kampagne von *Amnesty International* zum Schutz für die Menschenrechtsaktivistin Nonhle Mbuthuma.

Nach Berufung der südafrikanischen Regierung, gescheiterten Gesprächsversuchen, aber erfolgreich durchgeführter ländlicher Covid-19-Aufklärung konnte das Amadiba Crisis Committee im September 2020 die Rechte der betroffenen Gemeinde Umgungundlovu durch einen weiteren Gerichtsspruch auf Einsicht in laufende Anträge von Schürfrechten untermauern.

Damit spitzt sich aber auch die Lage für Nonhle Mbuthuma wieder zu. ACC meldet in einer Presseaussendung vom 17. November 2020 Morddrohungen gegen die Aktivistin. Südafrikanische Medien berichten, und auch Amnesty International appelliert weiterhin mit ihrer Email-Aktion an Präsident Cyril Ramphosa und den Minister für Bodenschätze, Gwede Mantashe.

Ich möchte hiermit SADOCC-Aktivist/inn/en und INDABA-Leser/inn/en einladen, sich den Forderungen an die südafrikanische Regierung

- um Schutz für die Aktivistin Nonhle Mbuthuma,
- die Aufklärung zur Tötung des Aktivisten Bazooka Radebe und
- die Anerkennung des Rechts auf Mitbestimmung und Unterstützung nachhaltiger Entwicklung anzuschließen. (www.amnesty.at/mitmachen/actions/suedafrika-nonhle-mbuthuma-in-gefahr). Globale Solidarität mit den südafrikanischen Aktivist/inn/en im Einsatz für Gemeingut, Natur und Menschenrechte – mehr denn je!



Nonhle Mbuthuma 2018 in Wien

DI Marlene Wagner, Architektur schaffend, lehrend, forschend, und die Aktivistin Nonhle Mbuthuma lernten einander 2014 im Zuge des gemeinsamen Projekts bridging Mzamba, dem Selbstbau einer lebensnotwendigen Fußgängerbrücke im umstrittenen Gebiet nahe Xolobeni, kennen. Nonhle Mbuthuma referierte bei der erwähnten Dialogkonferenz 2018 in Wien. Report und Conclusions online unter www.sadocc.at/?p=2120. Weitere Informationen: www.facebook.com/amadibacrisiscommittee und www.rosalux.de/news/id/41593/xolobeni-the-right-to-say-no?cHash=fc23f5acdbfd4ea0201923c44d8371f3

»Ethisches« Landgrabbing in Moçambique: Grün war die Hoffnung

Ethische Investitionen boomen. Sie werben mit Gewinnen und gutem Gewissen. Immer mehr Banken in Europa bringen deshalb Finanzprodukte auf den Markt, die das Etikett nachhaltig, ökologisch oder ethisch tragen. Doch wo und wie das Geld genau investiert wird, das bleibt oftmals im Dunkeln. Daß ethische Investitionen oft viel versprechen, diese Versprechen aber nicht immer einhalten, zeigen zwei Berichte aus Moçambique. Sie dokumentieren das Scheitern und die Problematik rund um »ethische« Investitionen. Eine Zusammenfassung von Christa Hager.

Ethische Investition«, schreibt Joe Hanlon am Anfang seines Berichts, war vor 15 Jahren »das Modewort«. Daran gekoppelt war der Anspruch, daß die Investitionen nicht nur entwicklungspolitisch wichtig, sondern auch rentabel sein sollten. So warb etwa der im Jahr 2006 gegründete schwedischen Investmentfirma *Global Solidarity Forest Fund* (GSFF) für ethische Forstinvestitionen in Moçambique mit satten Renditen von 13 Prozent für das Jahr 2007.

Das Malonda-Programm war eines der ersten großen ausländisch finanzierten Forst-Programme in der Niassa-Region in Moçambique. Die *Malonda Foundation* wurde 2006 von der *Schwedischen Agentur für internationale Entwicklung* (Sida) mit lokalen Partnern in Niassa gegründet. Ihr Projekt sah Eukalyptus- und Kieferplantagen im Ausmaß von insgesamt rund 60.000 ha vor. Malonda warb zum einen damit, Arbeitsplätze für die einheimischen Subsistenzbauern zu schaffen und auf Gemeindeebene die Infrastruktur zu verbessern, zum anderen sollten die GSFF-Aktionäre

(zu denen die lutherischen Kirchen in Norwegen und Schweden sowie die niederländische Pensionskasse ABP gehörten) mit einer hohen Kapitalrendite rechnen können. Das Malonda-Programm wurde von der der Firma *Chikweti*, einer Tochtergesellschaft der GSFF, verwaltet (<https://ejatlas.org/conflict/malonda-tree-farms-in-niassa-mozambique>). 2018 berichtete Nils Adler im *New Internationalist* in seiner Reportage jedoch von problematischen Folgen des Projekts (<https://newint.org/features/2018/03/01/mozambique-land-grabs-chikweti>).

Schon von Beginn an, als 2007 die ersten Baumreihen gepflanzt wurden, kam es der Reportage zufolge zu Konflikten mit den betroffenen Kleinbauern. Wie sich nach einer Studie des moçambikanischen Landwirtschaftsministeriums und des *Nationalen Büros für Land- und Forstwirtschaft* (DNF) herausstellte, hatte das Unternehmen in der Region Niassa nämlich illegal 32.000 Hektar Land besetzt.

Im Juni 2013 kamen wiederum

bei einer Prüfung der Malonda Foundation auffällige Unregelmäßigkeiten ans Tageslicht. So stellte SIDA im Büro in Niassa Ungereimtheiten mit Schecks im Wert von 32.000 US-Dollar fest. SIDA zog ihre Investition sofort zurück. Doch die Hälfte der zwischen 2010 und 2013 zugesagten neun Millionen US-Dollar war bereits ausgezahlt.

Es folgten Vorwürfe, daß das Unternehmen die Dorfbewohner absichtlich falsch informiert habe, um ihre Zustimmung zu den DUATs zu erhalten. »DUATs« sind wie Leasingregeln. Sie wurden 1997 in Moçambique eingeführt, um die Interessen ausländischer Investoren und der lokalen Gemeinschaften in Einklang zu bringen. Ausländische Investoren wird dadurch erlaubt, bis zu 50 Jahre lang von der Regierung Land zu mieten. Diese Probleme wurden in einem Bericht der Nationalen Bauernunion von Moçambique (*União Nacional de Camponeses/UNAC*) bestätigt. Außerdem beschreibt die Reportage aus dem Jahr 2018 schwere Probleme, die sich für die Subsistenzbauern durch das Projekt

ergab. So warfen die Plantagen weite Schatten auf die angrenzenden Maisfelder. Das minimierte den Ertrag, was wiederum die Ernährungsunsicherheit – in einer Region, in der 43 Prozent der Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren an chronischer Unterernährung leiden, – verschärfte. Einem im August 2016 veröffentlichten UNAC-Bericht zufolge laugten die Plantagen auch die Wasserressourcen aus und beeinträchtigten Flora und Fauna. Angesichts dieser Umstände vermutete die Bauernunion, daß man damit die Menschen von ihrem Land vertreiben wollte.

2014 wurde GSFF von dem Unternehmen *Green Resources* (GR) übernommen, Chikweti wurde in sein Portfolio aufgenommen. Green

»Operational Area« von *Green Resources* in Niassa



Resources, gegründet 1995, wird von der finnischen und norwegischen Entwicklungsbank *Finfund* bzw. *Norfund* unterstützt. Es besitzt große Plantagen in Tanzania und Uganda und beschreibt sich selbst als größtes Forstunternehmen und größter Holzverarbeiter Afrikas. Green Resources ist in der Tat kein Unbekannter. So ergab eine Untersuchung des schwedischen Fernsehsenders TV4 im Jahr 2015, daß GR für die Kachung-Plantage in Uganda die Menschen von ihren Farmen vertrieben hatte. Seit 2008 ist GR auch in Moçambique aktiv.

Wie der aktuelle Bericht von Joe Hanlon nun zeigt, hat sich GR in Moçambique bis 2018 rund 360.000 Hektar Land durch Landraub angeeignet, nämlich 102.000 ha in Niassa, 125.000 ha in Nampula und 135.000 ha in Zambezia. Darüber hinaus habe das Unternehmen mittlerweile zugegeben, daß es das meiste Land gar nicht bewirtschaften könne. Darum habe Green Resources nun vorgeschlagen, den größten Teil des Landes den betroffenen Gemeinden zurückzugeben.

Des Weiteren untersucht die Staatsanwaltschaft aktuell auch Vorwürfe, daß GR dreihundert Bauern für Land und Getreide keine Entschädigung gezahlt habe. Außerdem soll GR die vor zehn Jahren versprochenen Investitionen für Wasser- und Straßenprojekte nicht umgesetzt haben. *Carta de Mocambique* weist darüber

hinaus darauf hin, daß Bestechungsgelder an Gemeindevorsteher gezahlt wurden.

Vor einem Jahr wurde das Management von Green Resources neu organisiert, und mit Hans Lemm wurde ein niederländischer Forstmanager als »Chief Operating Officer« an die Spitze des Unternehmens gestellt, ihm zur Seite u.a. ein »Corporate Affairs Direktor« für Moçambique. Der Hauptsitz des Unternehmens wurde außerdem von London nach Dar es Salaam verlegt. Lemm hat mittlerweile bekannt gegeben, daß die Projekte in Nampula und Zambezia »nicht sehr erfolgreich« gewesen seien. Sie würden »aller Wahrscheinlichkeit nach« beendet, und GR werde sich nunmehr auf Teile von Niassa konzentrieren, hieß es weiter.

»Doch kann das Land so einfach zurückgegeben werden?«, fragt Hanlon in seinem Artikel. Denn eine Rückgabe dürfte nicht einfach sein. Seinem Bericht zufolge habe Green Resources nämlich mehr als 100 Grundstücke auf Basis ganz unterschiedlicher Vereinbarungen erhalten. Aufzeichnungen darüber, was GR den örtlichen Gemeinden versprochen hat, gibt es aber offenbar keine. Green Resources hat mittlerweile alle seine früheren Jahresberichte und Pressemitteilung zur Ernennung von Lemm zurückgezogen, auch die Aktionärsliste ist nicht mehr verfügbar.

Und wer kümmert sich um das Land, das verwuchert und gerodet werden müßte? Wer kümmert sich um die Bäume der verlassenen Plantagen? Wer vermittelt das dazu nötig Wissen? Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie verhindert werden kann, daß nicht einige wenige das Land für sich reklamieren, während andere zum zweiten Mal ihr Land verlieren.



Folgen des Klimawandels für Afrika

Von Adalbert Krims

Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO), eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf, hat Ende Oktober den Bericht „The State of the Climate in Africa 2019“ herausgegeben, an dem rund 20 internationale und nationale Organisationen – darunter die Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika (UNECA) – mitgearbeitet haben. Kernaussage des 34 Seiten umfassenden Reports ist, daß der Klimawandel die Nahrungsmittel- und Wassersicherheit, die Gesundheit und die sozioökonomische Entwicklung des Kontinents bedroht.

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts hat sich die Durchschnittstemperatur in Afrika um mehr als 1 Grad Celsius erhöht, regional sogar um bis zu 3 Grad. Damit lag die Erwärmung etwas über dem weltweiten Durchschnitt – und sie hat sich gerade in den letzten Jahren beschleunigt. Laut Prognosen wird dieser Trend auch in den nächsten Jahren anhalten. Das führt zu einem Rückgang der Nahrungsmittelproduktion sowie insgesamt zu einer Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums, heißt es in dem Bericht.

Aber nicht nur die Temperaturen steigen kontinuierlich, auch extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen, Dürren und tropische Zyklone häufen sich. In den dürregefährdeten Ländern südlich der Sahara ist die Zahl der unterernährten Menschen nach Angaben der FAO seit 2012 um über 45 Prozent gestiegen. Und Überschwemmungen schädigen nicht nur die landwirtschaftliche Produktion, sondern auch das Infrastruktursystem und zerstören menschlichen Siedlungsraum. *„In den letzten Monaten haben wir verheerende Überschwemmungen und eine Invasion von Wüstenheuschrecken erlebt und sehen uns nun dem drohenden Schreckgespenst der Dürre aufgrund eines La-Niña-Ereignisses gegenüber. Der menschliche und wirtschaftliche Tribut wurde durch die COVID-19-Pandemie noch verschlimmert“*, sagte WMO-

Generalsekretär Petteri Taalas bei der Präsentation des Reports in Genf. Die Meteorologen prognostizieren für die kommenden fünf Jahre eine anhaltende Erwärmung und abnehmende Niederschläge vor allem im nördlichen und südlichen Afrika sowie erhöhte Niederschläge in der Sahelzone. Außerdem wird der Meeresspiegel weiter ansteigen, was vor allem in Westafrika zu einer weiteren Erosion der Küsten führen wird.

Die im Jahr 2013 von der Afrikanischen Union beschlossene „Agenda 2063“ hat den Klimawandel ausdrücklich als große Herausforderung für die Entwicklung des Kontinents anerkannt. Und mehr als 90 Prozent aller afrikanischen Staaten haben das „Pariser Abkommen“ zur Eindämmung des Klimawandels ratifiziert. Seit 2015 legen diese Staaten nationale Klimaschutzbeiträge (NDC) vor, wobei in Afrika saubere Energie und Landwirtschaft Priorität bei der wirtschaftlichen Entwicklung haben. Die Armen sind überdurchschnittlich von extremen Wetter- und Klimaereignissen betroffen. Daher muß die Verringerung der Armut durch die Förderung des sozioökonomischen Wachstums auch ein vorrangiges Ziel der Klimapolitik sein. Da Frauen einen Großteil der Armen ausmachen und sie zu mehr als der Hälfte in der Landwirtschaft tätig sind, kommt dem Wachstum im Agrarsektor besondere Bedeutung zu.

Das Dilemma besteht allerdings darin, daß Afrika einerseits am stärksten von allen Kontinenten vom Klimawandel betroffen ist, andererseits aber selbst am wenigsten dazu beiträgt und außerdem die geringsten Ressourcen hat, ihm entgegenzuwirken. In Afrika leben 17 Prozent der Weltbevölkerung, doch der Kontinent ist nur für 4 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Natürlich müssen auch die afrikanischen Staaten selbst Anstrengungen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen unternehmen, aber Klimagerechtigkeit kann nur auf globaler Ebene hergestellt werden, wobei die Hauptlast von den hochindustrialisierten Staaten getragen werden muß, da sie ja auch für den bisherigen Klimawandel hauptverantwortlich sind.

Eine Zukunft für die Vergangenheit?

In der Karoo-Halbwüste Südafrikas liegt eine einzigartige Fundstätte von Felsbildern. Über die schwierige Situation zwischen der Bewahrung des kulturellen Erbes und der sozialen Lage der San berichtet Bernhard Bouzek.

Die Eingangstüre zum *Wildebeest Kuil Rock Art Center* klemmt und läßt sich trotz einiger Anstrengung nicht öffnen. »Die muß auch noch repariert werden«, erklärt mein Guide, Petrus Wilson, am Beginn der Führung durch eine der bedeutendsten Fundstätten von Felsbildern in Südafrika. Wer gegenwärtig die Felsgravurstätte und das Besucherzentrum auf dem Land der !Xun- und Khwe-San, etwa 16 km außerhalb von Kimberley, in der südafrikanischen Provinz Northern Cape, besucht, betritt ein devastiertes Gelände. Die Holzstege, auf denen die Besucher noch bis vor kurzem gehen konnten, um die im Sand liegenden Felsbilder zu bewundern, sind herausgerissen und als Baumaterial abtransportiert. Wie kam es zu solch einem Akt von Vandalismus und Diebstahl an einem Ort des kulturellen Erbes?

Das *Wildebeest Kuil Rock Art Center* ist seit 2008 als offizielles Kulturerbe der Provinz definiert und wird vom *Northern Cape Rock Art Trust* in Zusammenarbeit mit dem *McGregor Museum* verwaltet. Die Gravuren veranschaulichen eine Stilrichtung, die oft als »Bushmen Rock Art« bezeichnet wird. Die berühmteren Fundstätten von Felskunst der Khoi und San befinden sich zwar in den Drakensbergen, den Cederbergen und anderen Regionen Südafrikas, doch gibt es hier einige interessante Spezifika. Die meisten Gravuren im Kimberley-Gebiet wurden mit der »gepickten« Technik hergestellt: Dabei wurde ein harter Stein verwendet, um die äußere Kruste des Felsens abzusplittern und den helleren Felsen darunter freizulegen. Mit der Zeit sind die freiliegenden Teile der Gravuren durch Patinabildung annähernd so dunkel geworden wie die äußere Kruste. Die exakte Bestimmung des Alters der Gravuren ist schwierig, da beispielsweise organisches Material für eine C14-Bestimmung fehlt. Schätzungen zum Alter der Felsbilder reichen daher von einem Zeitraum von einigen hundert bis möglicherweise mehreren tausend Jahren. Einige der Gravuren dürften aber schon vor 1200

bis 1800 Jahren von Bewohnern auf dem Gelände angefertigt worden sein. Vom künstlerischen Standpunkt aus betrachtet, weisen die Felsbilder eine stärkere Betonung großer Säugetiere wie Elefanten, Nashörner, Flußpferde und Eland-Antilopen auf, während menschliche Darstellungen häufig reduziert sind. Eine detaillierte Kartierung hat mehr als 400 Gravuren ergeben.

Seit 1996 gehört die ehemalige Farm von *Wildebeest Kuil* den Gemeinschaften der !Xun und der Khwe. Diese beiden San-Gruppen, die unterschiedliche Khoisan-Sprachen sprechen und eine unterschiedliche Geschichte haben, waren bis in die 1960er in Angola beheimatet. Nach der Unabhängigkeit von Angola und dem Krieg der südafrikanischen Besatzungsmacht gegen die Befreiungsbewegung in Namibia wurden die beiden San-Gruppen von der südafrikanischen Armee angeworben und in den Norden Namibias umgesiedelt. Die Männer fungierten in der Armee als Aufklärer im Buschkrieg. Nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 galten die !Xun und Khwe als nicht willkommene Kollaborateure. Rund 4.000 Männer, Frauen und Kinder wurden daraufhin nach Südafrika ausgeflogen und in einer Zeltstadt in Schmidtsdrift westlich von Kimberley untergebracht. Man hatte ihnen die südafrikanische Staatsbürgerschaft sowie Wohnraum und Jobs versprochen, doch die ehemaligen Kampfgefährten wurden auch im neuen Südafrika rasch als Handlanger des Apartheidregimes angesehen und marginalisiert. Auch das zugewiesene Siedlungsgebiet wurde nach einem Landrestitutionsverfahren an seine ehemaligen Tswana-Besitzer zurückgegeben, wodurch die !Xun und Khwe gezwungen wurden, erneut umzuziehen. Nach dem Kauf von *Wildebeest Kuil* und weiterer angrenzender Farmen durch die Regierung erfolgte zwischen 2003 und 2005 eine Umsiedlung aus den Zeltstädten in ein neues Wohnprojekt in Platfontein am Stadtrand von Kimberley. Als neue Eigentümer des Landes, auf dem sich die Felsgravuren befinden, sollten sie in das Management sowie in die

Guide Petrus Wilson



touristische und wirtschaftliche Entwicklung der archäologischen Fundstätte eingebunden werden.

Die Pläne des McGregor Museum, das Gelände öffentlich zugänglich zu machen und für touristische Zwecke zu nutzen, stammen bereits aus der Mitte der 1990er Jahre. Diese wurden mit der Gemeindevertretung der !Xun und Khwe besprochen und konkretisiert. Die Finanzierung wurde im Jahr 2000 vom Ministerium für Umwelt und Tourismus bereitgestellt und ein Lenkungsausschuß mit Vertretern des *Rock Art Research Institutes*, des McGregor Museums und Community-Mitgliedern der !Xun und Khwe sowie anderer Khoen-San-Organisationen eingerichtet, aus dem später der Northern Cape Rock Art Trust zur Verwaltung der Anlage entstand. Schon im Dezember 2001 wurde das Wildebeest Kuil Rock Art Center durch den damaligen Premierminister der Provinz Northern Cape, Manne Dipico, und die Leiterin des südafrikanischen Tourismusverbandes, Cheryl Carolus, feierlich eröffnet.



Die Zeit schien günstig zu sein, hatte doch Präsident Thabo Mbeki gerade sein Konzept der »Afrikanischen Renaissance« propagiert, demzufolge die materielle, spirituelle und kulturelle Entwicklung Südafrikas durch die »kulturelle Wiedergeburt« angefacht werden sollte. Selbst das künstlerische Erbe der San rückte ins Zentrum der staatlichen Aufmerksamkeit – zumindest optisch. Am 27. April 2000 wurde das neue Staatswappen der Republik Südafrika angenommen, das unter anderem zwei Menschen im Stil der Felsbilder der San darstellt sowie den Schriftzug in der ausgestorbene Sprache der Xam enthält, der so viel wie »Verschiedene Menschen vereinigt euch!« bedeutet.

Die San, die in Platfontain leben und zu 90 Prozent arbeitslos sind, erwarteten sich zunächst einen wirtschaftlichen Aufschwung durch diesen »Pro-Poor-Tourism« Ansatz. In Ergänzung zum Besucherzentrum mit einer kleinen Ausstellung wurde in weiterer Folge auch je ein »Kulturdorf« für die !Xun und Khwe errichtet, in dem die San nach dem Konzept eines »Lebenden Museums« Touristen die traditionelle Lebensweise der ehemaligen Jäger- und Sammler-Gesellschaften näher bringen sollten. Dazu wurden aber gerade einmal fünfzehn Personen ausgebildet. Den Finanzbedarf für die Museumsdörfer kalkulierte man mit jährlich 250.000 Rand, davon sollten zehn Prozent durch Einnahmen beim Betrieb erwirtschaftet werden, um z. B. Löhne und Betriebskosten zahlen zu können. Die erhofften Besucherströme sowie die Einnahmen blieben aber aus. Dafür waren mehrere Gründe verantwortlich: Zum einen liegt

Kimberley nicht an der klassischen Nord-Süd-Safariroute, die entlang der Ostküste verläuft, und zum anderen befindet sich kein Nationalpark mit den »Big Five« in der Nähe. Die Stadt verfügt mit dem »Big Hole« zwar über eine attraktive Sehenswürdigkeit, diese wird aber von internationalen Touristen wenig besucht. Eine statistische Erhebung von David Morris, Leiter des McGregor Museums, brachte weitere Fakten zum Vorschein. Die angesiedelten San konnten sich mit den archäologischen Artefakten nur wenig identifizieren. Am ehesten konnten einige Ältere, die noch mit der traditionellen Lebensweise vertraut waren, in den Felsbildern eine mythische Verbindung zur Kultur ihrer Vorfahren sehen und bestätigten dies auch in Interviews und im Promotion-Video des Museums. Den meist jungen Bewohnern Platfontains fehlte aber jeglicher Bezug zu Felsbildern, die sie nicht als die »ihren« betrachteten, deren Bestand schützenswert

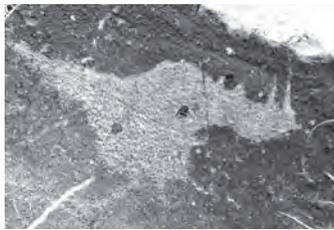


Devastiertes Gelände



sei. Die umgesiedelten San als »Hüter und Bewahrer des kulturellen Erbes« blieben eine all zu optimistische Vorstellung, die der harten Realität nicht standhalten konnte. Die !Xun und Khwe lebten mehr oder weniger zufällig auf Wildebeest Kuil und entwickelten keine tiefere Beziehung zu diesem Land, während die Nachfahren der Schöpfer der Felsbilder – längst aufgegangen in der Bevölkerungsgruppe der »Coloureds« im Raum Kimberley – außen vor blieben. Die Besucherzahlen von weniger als hundert Personen lagen weit unter den erwarteten tausend zahlenden erwachsenden Personen pro Monat. Außer ein paar Schulklassen interessierte sich kaum ein Bewohner der nahegelegenen Stadt für den neuen Archäologiepark.

Mit der Zeit erschienen die für Führungen durch die Fundstätte ausgebildeten Guides nicht mehr zur Arbeit oder suchten sich bessere Jobs im Privatsektor. Die Mischung aus fehlendem Ownership und ausbleibendem wirtschaftlichen Erfolg führte schließlich zur Frustration. Zuerst wurden die »Kulturdörfer« aufgegeben. Im Jahr 2010 wurde das archäologische Gelände durch ein Buschfeuer, das Jugendliche zum Grillen von auf dem Gelände gejagten Wasservögeln gelegt hatten, schwer verwüstet. Die hölzernen Gehwege wurden dabei vernichtet, Steine platzen durch die Hitze des Feuers und einige Felsbilder wurden beschädigt. Kaum war das Feuer erloschen, wurden Zäune, Pumpen und Metallschilder gestohlen und am Schrottplatz verkauft. Der jüngste Akt von Vandalismus ereignete sich im Jänner 2020, als wieder im Schutz der Dunkelheit die Gehwege demontiert und als Bau- und Brennholz verkauft wurden.



Mittlerweile muß das Kulturerbe der San mittels Elektrozaun vor den San geschützt werden. Ein Umstand, der David Morris nachdenklich stimmt, aber nicht entmutigt. Er kümmert sich mit neuen Ideen um den Wiederaufbau der Anlagen. Für ihn ist klar, daß die drückende Armut und die hohe Arbeitslosigkeit die Ursachen für diese Übergriffe sind. Doch die sozioökonomische Lage der mittlerweile 7.000 Bewohner von Platfontein wird sich auch in absehbarer Zukunft kaum verbessern. Im Zuge der Neugestaltung der Ausstellung möchte David Morris die Geschichte von den Betroffenen selbst darstellen lassen. Erste Bilder zeigen bereits die Erfahrungen der San von Krieg und Umsiedlung während der letzten Jahrzehnte. Auch die Produktion und der Verkauf von Kunsthandwerk soll neu belebt werden. Insgesamt versucht das Management trotz der widrigen Umstände, die lokale Community verstärkt einzubeziehen. Aber an einem Ort, an dem keine großen Besucherzahlen, besonders keine finanzkräftigen ausländischen Touristen, zu erwarten sind, wird dies nicht leicht umzusetzen sein. Eine ähnliche Situation stellt sich gegenwärtig beim

Projekt der #Khomani San nahe dem südlichen Eingang des Kgalagadi Transfrontier Parks dar. Trotz der vergleichsweise günstigen Lage sowie einiger Investitionen deutscher Rotary Clubs und der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit kommt noch kein Kulturtourismus in Gang, der einer größeren Anzahl von Personen – vergleichbar mit den *Living Museums* in Namibia – nachhaltig ein Einkommen garantieren kann. Wildebeest Kuil bleibt jedenfalls auch in Zukunft ein Ort, an dem Archäologie auf koloniale und postkoloniale Geschichte trifft und auf dem soziale Spannungen und Ungleichheiten sichtbar werden.

Novuyo Rosa Tshuma, **House of Stone** (Bloomsbury, Atlantic Books, 2018). 374 S.

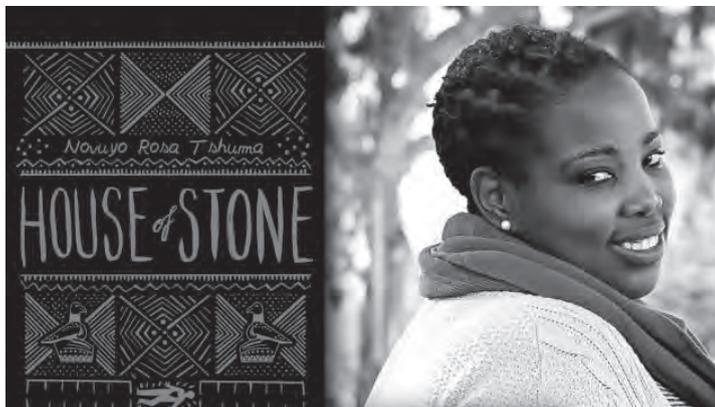
In ihrem aktuellen Roman behandelt Novuyo Rosa Tshuma eines der schwierigsten Themen der Geschichte Zimbabwes: Den Gukurahundi-Genozid.

Die künstlerische Auseinandersetzung mit politischen Themen birgt eine Reihe von Risiken. Wer öffentlich Partei ergreift, dem droht Ablehnung in Teilen der Bevölkerung oder (in autoritären Staaten wie Zimbabwe) sogar Verfolgung. Darüber hinaus muß die Schriftstellerin ihr Handwerk beherrschen. Stellt sie den Sachverhalt ungeschickt oder kitschig dar, weitet sich die Ablehnung womöglich auf das gesamte Publikum aus, und das Buch hat seinen Zweck verfehlt. Für das Eingehen erster Risiken gebührt der in den USA lebenden Zimbabwerin Novuyo Rosa Tshuma höchste Achtung, zumal sie *House of Stone* auch in ihrem Heimatland veröffentlicht und im Zuge einer Lesungsreihe beworben hat. Allerdings kommt man nach der Lektüre der ersten Seiten nicht um den Verdacht, daß sie beim Schreiben in Kitschfalle gestolpert ist.

Zamani, Mitte zwanzig und Waise, mietet ein winziges Häuschen im Garten von Agnes und Abednego Mlambo. Als deren Sohn Bukhosi bei einer politischen Kundgebung festgenommen wird und verschwindet, nennt der leid geplagte Abednego nach einer Woche Zamani über einer Flasche Whisky seinen »Ersatzsohn«. Daraufhin gewinnt dessen, wie schon früh klar wird, ausgeprägte Soziopathie Oberhand. Besessen von der Idee einer eigenen Familie füllt Zamani seinen Vermieter Abend für Abend mit Whisky ab, spricht ihn mit »Vater« an und nötigt ihn, seine Familiengeschichte zu erzählen. Desto näher er in seinen Recherchen allerdings zur Zeit der Gukurahundi-Massaker vordringt, desto stärker blockt Abednego ab. Zamani muß zu immer mehr Alkohol und schließlich sogar zu Drogen greifen, um sich seinen Ersatzvater gefügig zu machen.

Die Figurenkonstellation und Zamanis Verhalten wirken zunächst übertrieben und unglaubhaft. Auch der blumige, teils schwer verständliche Schreibstil der Autorin trägt seinen Teil dazu bei. Als die Handlung allerdings beginnt, Gestalt anzunehmen, und Zamanis eigene Hintergründe und Motive klar werden, weicht die Befremdung rasch intensiver Spannung.

Das Buch füttert den Leser im Verlauf der Geschichte mit penibel recherchierten Häppchen aus Zimbabwes Geschichte. Man lernt vom Ndebele-Königreich Mthwakazi, Königin Lozikeyis Kampf gegen die britischen Siedler und einigen Schlüsselfiguren des Gukurahundi-Genozids (die heute teils hohe politische Ämter bekleiden). Zamanis moralisch mehr als zweifelhafte Suche nach einer Identität öffnet dem Leser Seite für Seite die Augen für einen zwar



Novuyo Rosa Tshuma

verschwiegenen, jedoch bis in die Gegenwart hinein brodelnden Konflikt zwischen den zwei großen Völkern Zimbabwes, den Shona und den Ndebele.

Im Fazit ist Novuyo Rosa Tshuma keineswegs an der Größe ihrer Aufgabe gescheitert. *House of Stone* erzählt vom Versuch eines jungen Mannes und einer jungen Nation, das Trauma ihrer Geburt zu bewältigen. Wer sich von der anspruchsvollen Sprache mit ihren gelegentlichen Ndebele-Einschüben nicht einschüchtern läßt, dem gewährt das Buch beachtenswerte Einblicke in eine schweigende Gesellschaft.

Daniel Stögerer

SADOC-C-Literaturzirkel

Seit September 2016 treffen sich Interessierte alle zwei Monate in der SADOCC-Bibliothek (oder derzeit online), um afrikanische Literatur zu lesen und gemeinsam darüber zu sprechen. Bisher standen u. a. Romane aus Zimbabwe, Südafrika, Kenya oder Nigeria auf dem Programm.

Das nächste Treffen findet wieder online am Dienstag, den 26.1.2021, um 18:30 statt. Thema ist diesmal der zweite Roman von Yvonne Adhiambo Owuor (Kenya): *The Dragonfly Sea*, 2019/*Das Meer der Libellen*, 2020. Das Buch ist auf Deutsch lagernd bei *Südwind Buchwelt* (www.suedwind-buchwelt.at/list?back=23707094123ceba9af4b763014f52964&id=42814475). Immer noch online zu hören ist eine Einführung von Ilija Trojanow zu seiner Lesung daraus: www.youtube.com/watch?v=Rykmr8crDPw.

Interessierte, die mitmachen wollen, sind herzlich willkommen! Nähere Infos und Anmeldung bei Lotte Rieder-Fraunlob (lotte.rieder@sadocc.at).

Namibia-Ausstellung. Unter den üblichen Schutzmaßnahmen konnte die von der *Österreichischen Namibia-Gesellschaft* (ÖNG) gestaltete Ausstellung zum 30. Jahrestag der namibischen Unabhängigkeit am 8. Oktober wie geplant eröffnet werden. Die von Teresa Fellingner kuratierte Ausstellung zeigt Fotos und Objekte von Elisabeth Friedel und Alois Pommer (damals UNTAG) aus der Übergangszeit 1989/90 und wurde vom Kulturstadtrat der Stadt Wien sowie von der Bezirksvertretung Wien 4. Wieden gefördert. Infolge der verschiedenen Lockdowns waren die Besuchsmöglichkeiten der ursprünglich bis Ende November geplanten Ausstellung allerdings sehr eingeschränkt. Das Entgegenkommen des *International Institute for Peace* (IIP) ermöglichte nun eine Verlängerung bis ca. Mitte Jänner. Bis dahin wird der Besuch während der Öffnungszeiten des IIP möglich sein – bitte zur Sicherheit vorher anrufen (01-504 64 37; 1040 Wien, Möllwaldplatz 5/2. Stock; <https://www.iipvienna.com>). Ein Bericht erschien in der vom Innenministerium herausgegebenen Zeitschrift *ÖFFENTLICHE SICHER-*

Eröffnungsveranstaltung 8. Oktober:

Alois Pommer, Angela Kane (IIP), Astrid Esterlus (ÖNG) und Botschafterin Nada Kruger (v. l. n. r.)



Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 21. Jänner 2021, 19.00 Uhr
online – Zugangslink kurzfristig vorher auf unserer Website

THE CAMPAIGN FOR A BASIC INCOME GRANT IN NAMIBIA

Presentation by **Rinaani Musutua**, followed by Q&A

Civil society organisations, including churches and trade unions, have re-opened their longstanding campaign for a Basic Income Grant introduced in Namibia (see pages 3–7 in this journal).

Rinaani Musutua (Windhoek) is the coordinator of this campaign (in English language).

HEIT (Heft 11–12/20), und ein kurzer Film orientiert über die inhaltlichen Schwerpunkte: <https://vimeo.com/465902147>.

Veranstaltung zu Zimbabwe.

Großen Anklang fand der Zimbabwe-Vortrag von Peter Kuthan und Daniel Stögerer am 19. November im Rahmen unserer Reihe FORUM SÜDLICHES AFRIKA. Zeitweise nahmen fast 50 Interessierte an der

Online-Veranstaltung teil. Unter dem Titel »Zimbabwe: The march is not ended!« gingen die Referenten kurz auf die Geschichte des Landes seit der Unabhängigkeit und die derzeitige politische und Alltags-Situation ein. Beide brachten persönliche Erfahrungen

von ihren Aufenthalten in Zimbabwe – einer in den 1980er Jahren, der andere aktuell – ein. Eine lebhaft Diskussions folgte.

Mitgliedsbeiträge und Abos.

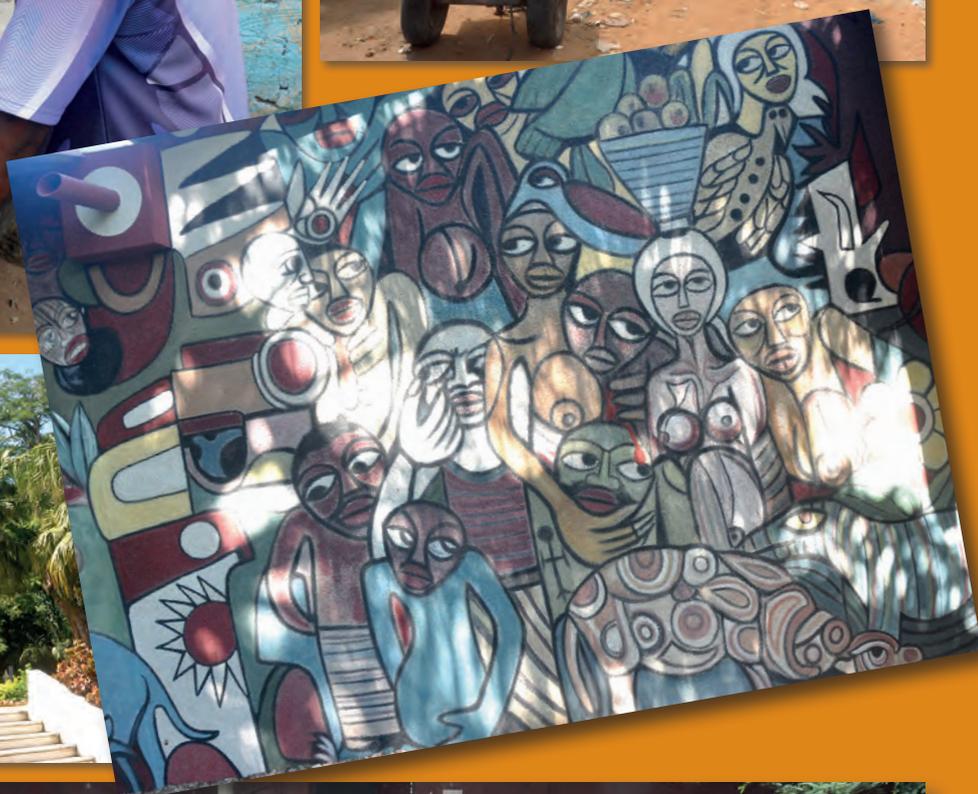
Die aktuelle Corona-Krise hat naturgemäß auch SADOCC betroffen – viele Aktivitäten mußten abgesagt werden, fix geplante Einnahmen sind entfallen, und unser Bürobetrieb läuft nur auf Sparflamme. Wir appellieren daher an jene Mitglieder und Abonnenten, die ihren Beitrag bzw. Abogebühr für 2020 noch nicht eingezahlt haben, dies noch vor Jahresende nachzuholen – auch ohne 2. Mahnung.

Bitte überweist je nachdem 30 Euro Mitgliedsbeitrag (das inkludiert INDABA) oder 18 Euro Abonnement auf das SADOCC-Konto bei der BACA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

Herzlichen Dank, allenfalls auch für Spenden!

IMPRESSIONEN AUS MAPUTO/MOÇAMBIQUE

von Bernhard Bouzek



Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



SUSTAINABLE | EQUITABLE | SOCIAL
HABARI
HOME & DESIGN STORE

SELECTED DESIGN
AND CRAFTSMANSHIP FROM
JAPAN, AFRICA AND EUROPE



1060 WIEN
THEOBALDGASSE 16
TEL +43 (0)1 586 23 40
INFO@HABARI.AT
WWW.HABARI.AT
#HABARI_VIENNA_DESIGNSTORE



MO. BIS DO. 11-19 H
FR. 10-19 H
SA. 10-17 H



Kostenlose Einschaltung